

Rauchfreie Gaststätten in Deutschland 2009: Steigende Zustimmung in der Bevölkerung

Hintergrund:

Seit dem 1. Juli 2008 gelten in allen Bundesländern Nicht-raucherschutzgesetze, nach denen öffentliche Einrichtungen, Gesundheits-, Kultur-, Sport- und Bildungseinrichtungen und gastronomische Betriebe rauchfrei sein sollen. Allerdings sehen die Gesetze insbesondere für die Gastronomie zum Teil weit reichende Ausnahmeregelungen vor. Zudem konnte jedes Bundesland für sich entscheiden, wie das Rauchverbot in Gaststätten umgesetzt wird.

Das Deutsche Krebsforschungszentrum setzt sich seit vielen Jahren für den Nichtraucherschutz ein und dokumentiert jährlich die Einstellung der Bevölkerung zu Rauchverboten in Repräsentativuntersuchungen, zuletzt im Februar 2009.

Die Datengrundlage

Die Analysen basieren auf repräsentativen, persönlichen Befragungen von rund 2.000 Deutschen im Alter von über 16 Jahren, welche von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) im Auftrag des Deutschen Krebsforschungszentrums nach wissenschaftlichen Standards durchgeführt wurden. Die Befragungen wurden seit 2005 jährlich durchgeführt, und zwar jeweils im Februar.

Das Deutsche Krebsforschungszentrum wurde in der Umfrage als Auftraggeber nicht genannt, um die Neutralität der Befragung zu gewährleisten. Die Datenauswertung erfolgte durch die GfK.

Fast drei Viertel der Bevölkerung für rauchfreie Gaststätten

Fast drei Viertel der Deutschen, nämlich 73,4 Prozent, wünschen sich nach der vom Deutschen Krebsforschungszentrum in Auftrag gegebenen Befragung rauchfreie Gaststätten (Abb. 1). Lediglich 26,6 Prozent sprechen sich grundsätzlich gegen ein Rauchverbot in Gaststätten aus.

Die Zustimmung ist bei Frauen mit 77,8 Prozent höher als bei Männern mit 68,7 Prozent. Die Unterschiede sind vermutlich hauptsächlich auf verschieden hohe Raucheranteile zurückzuführen.

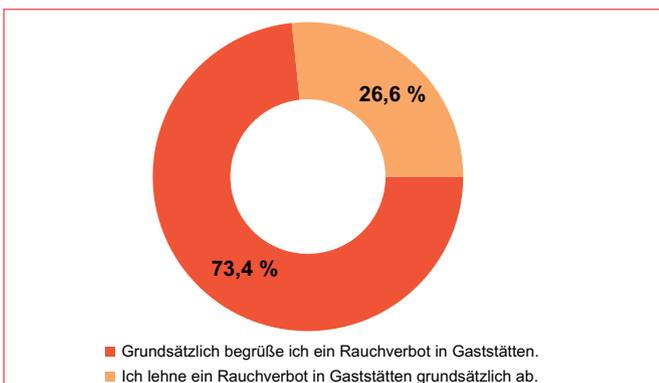


Abbildung 1: Zustimmung zu rauchfreien Gaststätten in Deutschland im Februar 2009

Steigende Zustimmung seit 2005

Bereits in den Jahren 2005, 2006 und 2007 wurden jeweils im Februar Befragungen zur Einstellung der Bevölkerung bezüglich rauchfreier Gaststätten durchgeführt. Während die Zustimmungsquote im Februar 2005 bereits bei 52,9 Prozent lag, erhöhte sie sich bis zum Februar 2006 weiter auf 59,1 Prozent und bis Februar 2007 auf 66,6 Prozent. Im Februar 2008, nachdem in fast allen Bundesländern ein Nichtraucherschutzgesetz in Kraft getreten war, lag die Zustimmung zu rauchfreien Gaststätten bei 65,3 Prozent. Bis zum Februar 2009 – als mittlerweile in allen Bundesländern Rauchverbote galten, ist die Zustimmung mit 73,4 Prozent noch einmal deutlich angestiegen. (Abb. 2)

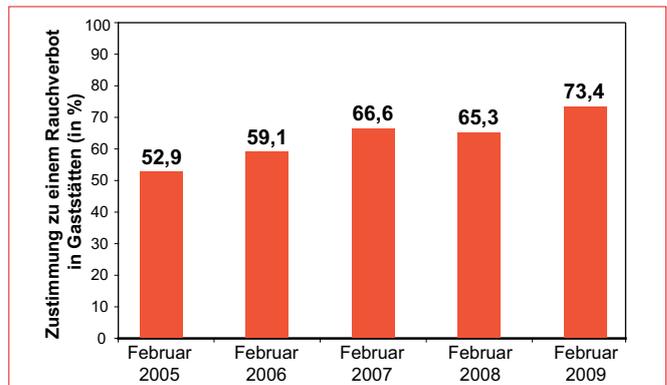


Abbildung 2: Zustimmungsquote zu rauchfreien Gaststätten in Deutschland im Zeitvergleich von 2005 bis 2009

Anmerkung zum Zeitvergleich: Um die Einstellung der Bevölkerung zu rauchfreien Gaststätten erfassen zu können, wurde in den Jahren 2005 bis 2007 gefragt, ob ein Rauchverbot in Gaststätten begrüßt würde, wie es in anderen Ländern, beispielsweise Irland, Norwegen, Schweden und Italien bereits besteht. Im Februar 2008, nachdem in den meisten deutschen Bundesländern eine rauchfreie Gastronomie eingeführt worden ist, wurde die Fragestellung modifiziert und speziell auf Deutschland ausgerichtet. Entsprechend wurde in den Befragungen für 2008 und 2009 gefragt, ob ein Rauchverbot in Deutschland grundsätzlich begrüßt oder abgelehnt wird. Es geht dabei um eine grundsätzliche Befürwortung oder Ablehnung von Rauchverboten – unabhängig von den derzeitigen bundeslandspezifischen Ausgestaltungen des Rauchverbots.

Steigende Akzeptanz von rauchfreien Gaststätten – insbesondere bei den Rauchern

Die Befürworter von rauchfreien Gaststätten stammen nicht nur aus den Reihen der Nichtraucher und Ex-Raucher, deren Zustimmung im Jahr 2009 bei 93 Prozent beziehungsweise bei 83 Prozent liegt (Abb. 3). Denn auch bei den Rauchern zeigt sich im Jahr 2009 unter den gelegentlichen Rauchern eine Zwei-Drittel-Mehrheit für rauchfreie Gaststätten. Lediglich bei den regelmäßigen Rauchern ist nur etwas mehr als ein Drittel für rauchfreie Gaststätten.

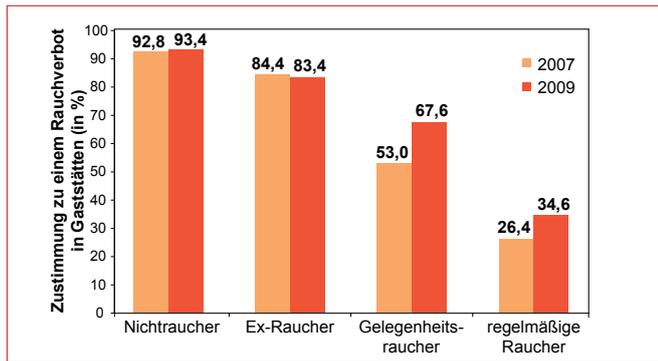


Abbildung 3: Zustimmungsquote zu rauchfreien Gaststätten in Deutschland vor Einführung des Rauchverbots (2007) und danach (2009), nach Rauchstatus

Vor Einführung der Rauchverbote in Deutschland lag die Zustimmung für Rauchverbote in Gaststätten bei 66,6 Prozent (Februar 2007). Bis zur Befragung im Februar 2009, nachdem in allen Ländern Rauchverbote umgesetzt waren, ist die Zustimmung in der Bevölkerung bis auf 73,4 Prozent angestiegen. Bemerkenswert ist, dass der Anstieg fast ausschließlich auf steigende Zustimmungsquoten bei den Rauchern zurückzuführen ist. Bei den Gelegenheitsrauchern ist die Zustimmungsquote am stärksten gestiegen: von etwas über die Hälfte auf etwa zwei Drittel. Aber auch bei den regelmäßigen Rauchern ist die Zustimmung gestiegen: Im Jahr 2007 befürwortete noch jeder vierte regelmäßige Raucher eine rauchfreie Gastronomie, im Jahr 2009 war es bereits jeder dritte.

Bei den Nichtrauchern und den Ex-Rauchern lag die Zustimmungsquote von 2007 bis 2009 konstant auf hohem Niveau. (Abb. 3)

Zustimmung zu rauchfreien Gaststätten – keine Frage der Parteipräferenz

Ob jemand Rauchverbote in Gaststätten befürwortet oder ablehnt, hängt nicht von der derzeitigen Parteipräferenz ab (also der Partei, die der Befragte wählen würde, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre). Unter den Wählern aller größeren Parteien liegt die Zustimmung zu einem

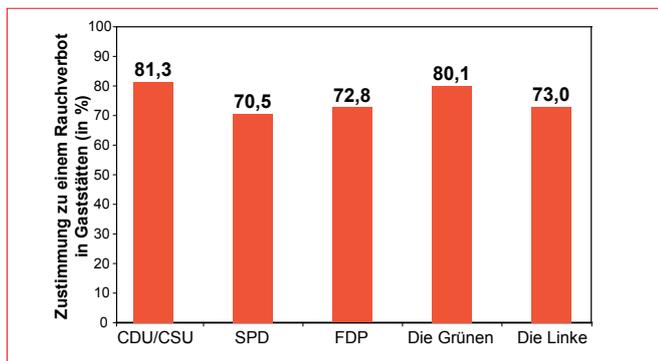


Abbildung 4: Zustimmungsquote zu rauchfreien Gaststätten in Deutschland im Februar 2009, nach Parteipräferenz

Rauchverbot in Gaststätten bei mindestens 70 Prozent. Am höchsten liegt die Zustimmung bei denen, die CDU/CSU oder die Grünen wählen würden: Hier stimmen mehr als 80 Prozent einem Rauchverbot in Gaststätten zu. (Abb. 4)

Fast drei Viertel der Bevölkerung für eine bundesweit einheitliche Regelung

Nur etwa 26 Prozent der deutschen Bevölkerung sprechen sich für die bundeslandspezifische Regelung aus, wie sie mit den 16 Landesnichtraucherschutzgesetzen praktiziert wird (Abb. 5). Dagegen wünschen sich fast 74 Prozent eine bundesweit einheitliche Lösung. Im Jahr 2008 waren es noch 70 Prozent.

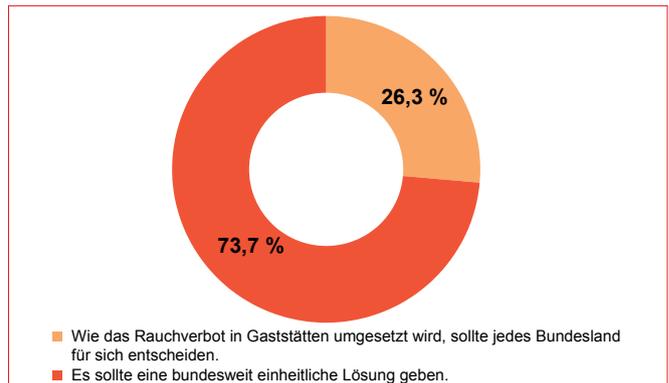


Abbildung 5: Einstellung der Bevölkerung hinsichtlich einer bundesweit einheitlichen Regelung des Rauchverbots in Gaststätten im Februar 2009

Quo vadis Deutschland?

Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juli 2008 müssen die Bundesländer bis zum 31. Dezember 2009 ihre Rauchverbotsregelungen hinsichtlich der Ausnahmen für die Kleingastronomie überarbeiten. Doch obwohl das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil festgestellt hat, dass ein umfassendes Rauchverbot ohne Ausnahmen verfassungsgemäß wäre, geht der derzeitige Trend in den Landesregierungen eher dahin, die Rauchverbote in der Gastronomie noch weiter zu lockern. Ein umfassender Schutz der Bevölkerung und insbesondere der Gastronomiemitarbeiter ist dadurch nicht gewährleistet. Zudem ignorieren die Gesetzgeber den Wunsch der großen Mehrheit der Bevölkerung, die sich für eine bundeseinheitlich rauchfreie Gastronomie ausspricht.

Fazit:

- Fast drei Viertel (73,4 Prozent) der deutschen Bevölkerung befürworten ein Rauchverbot in Gaststätten.
- Fast drei Viertel (73,7 Prozent) wünschen sich eine bundesweit einheitliche Regelung des Rauchverbots in Gaststätten.
- Die Zustimmung zu einem Rauchverbot ist keine Frage der Parteipräferenz: Unter den Wählern aller Parteien besteht eine große Mehrheit für ein Rauchverbot in Gaststätten.